

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/005(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 18.01.2005	FrauenNetzWerk Immermannstr. 19	17:00Uhr	Uhr 19:00

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Eine Langzeituntersuchung. Die theoretische Konzeption, Ausmaße und Trends aus 2002, 2003 und 2004 (Prof. Heitmeyer, Universität Bielefeld)
dargestellt aus der Geschlechterperspektive durch die AL 16
- 6 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Heinemann, Klaus

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Beratende Mitglieder

Altmann, Martin

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Kaufmann, Carola

Geschäftsführung

Beier, Editha i. V.

abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frömert, Regina

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

anwesende Mitarbeiterinnen der Verwaltung:

Frau Editha Beier, AL 16

Frau Heike Ponitka, A 16

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Dagmar H u h n , begrüßte die anwesenden Damen und Herren und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde bestätigt.
Abstimmung: 6/0/0

3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der FuG-Ausschusssitzung vom 21.12.04 wurde einstimmig beschlossen.
Abstimmung: 6/0/0

4 Öffentliche Sprechstunde

wurde nicht wahrgenommen.

5 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Eine Langzeituntersuchung. Die theoretische Konzeption, Ausmaße und Trends aus 2002, 2003 und 2004 (Prof. Heitmeyer, Universität Bielefeld) dargestellt aus der Geschlechterperspektive durch die AL 16

Frau E. Beier begann zur Thematik mit folgenden Ausführungen:

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 2. Dez. 2004 in Berlin hatte Herr Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der UNI Bielefeld den 3. Teil seiner Langzeitstudie "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" der Öffentlichkeit vorgestellt.

Seit 2002 werden jedes Jahr 3.000 repräsentativ ausgewählte Personen der deutschen Wohnbevölkerung befragt. Ergründet werden soll, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft in Deutschland wahrgenommen bzw. inwieweit sie abgelehnt, ausgegrenzt oder angefeindet werden.

Der Begriff "**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**" beinhaltet Ressentiments, gegenüber Fremden, Homosexuellen bis hin zu Obdachlosen.

Das Projekt will einen Beitrag leisten zur kritischen Spiegelung der gesellschaftlichen Zustände, Es geht dabei um Phänomene, ihre Erklärungen und die Entwicklung der Einstellungen zu ihnen.

Prof. H. wies darauf hin, dass sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit seit 2002 unterschiedlich entwickelt habe. Ein klar negativer Trend zeige sich in der Wahrnehmung von sozialen Desintegrationsgefahren und politischen Partizipationschancen. Es ist nachweisbar, dass Desintegrationsgefahren erhebliche Auswirkungen auf die Abwertung schwacher Gruppen haben können. Angst vor sozialem Abstieg und das Gefühl politischer Einflusslosigkeit können demnach zunehmende Aversion gegen Fremde oder andere Minderheiten bewirken.

Frau Beier zeigte die Trendentwicklung in Ost- und Westdeutschland und zwischen den Geschlechtern in den Elementen des Syndroms "Gruppenbez. Menschenfeindlichkeit" (die 7 Elemente: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Islamophobie, Etabliertenvorrechte und Klassischer Sexismus) auf.

Noch in 2002 überraschten die signifikant höheren Werte der Frauen sowohl bei Rassismus als auch bei der Fremdenfeindlichkeit und wurden in der öffentl. Berichterstattung vielfach mit Unverständnis aufgenommen. 2003 zeigten sich wiederum höhere Werte der Frauen (vgl. auch Abb. 3 der ausgereichten Stud.-Unterlagen)

Auffällige Veränderungen über die Zeit finden wir bei der Fremdenfeindlichkeit. Es waren in 2002 ca. 38 % Frauen so eingestellt. Der Wert hat sich in 2004 auf über 45 % erhöht. Signifikant höhere Werte bei Frauen als bei Männern finden sich in 2004 mit fast 26 % bei der Islamophobie.

Deutliche Veränderungen gibt es bei den Einstellungen gegenüber Obdachlosen, Homosexuellen und Behinderten. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen haben sich die ablehnenden Haltungen erhöht, bei den Männern von fast 32 % auf über 37 % in 2004 - im gleichen Zeitraum bei den Frauen von fast 26 % auf 32 %

Eine der zentrl. Fragen des Studienprojektes ist darauf gerichtet, wie die Veränderungen der Zu- oder Abnahme der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit gesellschaftl. Entwicklungen einhergehen. Deshalb werden **relevante Faktoren von sozialen Desintegrationsgefahren betrachtet.**

Dabei zeigt sich, dass die Zukunftsangst ansteigt. Von 2002 zu 2004 ist die Erwartung, dass sich die eigene finanzielle und wirtschaftliche Situation verschlechtern wird, von fast 24 % auf über 40 % gestiegen. Ähnl. Entwicklungen zeigen sich in der weiter gestiegenen Angst vor Arbeitslosigkeit bzw. in der Erwartung eigener Arbeitslosigkeit. Insbesondere die Aussichten für die Zukunft - was Arbeit, Lebensstandard und soziale Sicherheit anbetrifft, werden in der Bevölkerung deutlich mit pessimist. Tönen versehen.

Ein Blickwechsel auf die Integrationsdimension der politischen Partizipation zeigt, dass das Empfinden der Sinnlosigkeit - sich politisch zu engagieren - von fast 38 % in 2002 auf 42 % in 2004 angewachsen ist. An eine politische Einflussnahme als Bürger glauben inzwischen ca. 60 % nicht mehr. Damit entfällt für sie auch die Möglichkeit, an der Realisierung grundlegender Normen dieser Gesellschaft mitzuwirken. Zu diesen Normen zählt vor allem auch Gerechtigkeit, um soziale Spaltung und Desintegration zu verhindern.

Insgesamt wurde in der Studie nachgewiesen, dass Desintegrationsgefahren erhebliche Auswirkungen auf die Abwertung schwacher Gruppen haben können.

In der **DISKUSSION** wurde daher der erforderliche Blick auf die betroffenen Frauen und Männer der Stadt als auch auf die aufgezeigten "Schwachen Gruppen" innerhalb der Wohnbevölkerung gerichtet. So wird es erforderlich sein,

- zur Situation der Frauen und Männer nach einer Anlaufphase von den Hartz-Gesetzen (IV) eine Analyse zu erarbeiten (Verantwortl. AL 16)
- als auch zur Situation der bei uns lebenden MigrantInnen und anderer schwacher Gruppen Stellung zu beziehen.(Verantwortl. unter Einbeziehung des Ausl.-BA, Behind.-BA und Kinder-BA)
- Insgesamt muss diese Entwicklung konzeptionell ausgewertet werden. Die Verantwortlichkeit ist noch zu klären
- Der Ausländerbeauftragte sollte in **Integrationsbeauftragter** umbenannt werden und er sollte in einer der nächsten Sitzungen seine konzeptionellen Vorstellungen zur Integration dem FuG-Ausschuss unterbreiten. Weiterhin ist nochmals zu prüfen, ob Hauptamtlichkeit dieser Aufgabenfülle besser entsprechen würde.
- Zur Situation der Asylbewerberheime wurde diskutiert, ob hier alles getan wird, um Menschen, die wir vor Hass und Fremdenfeindlichkeit schützen sollten und auch wollen, auch tatsächlich angemessen unterzubringen. Evtl. Patenschaften durch Fraktionen pro Asylbewerberheim werden in den Fraktionen von den Ausschussmitgliedern angefragt. Z. B. sollte auch für Kinder in den Heimen eine Grundausstattung an method. didaktischem Spielzeug vorhanden sein.
Beschlussempfehlung: AL 16, Frau Beier, stellt im Jugendhilfeausschuss den Antrag zu einer Prüfung, finanzielle Mittel dafür im Haushalt Jugendhilfeplanung des Jugendamtes schon ab 2005 einzustellen.
Abstimmung: 6/0/0
- Die nächste FuG-Ausschusssitzung soll im Asylbewerberheim Am Wolfswerder 13 stattfinden und dazu ist der Ausländer-Beauftragte, Herr A. Coulibaly, einzuladen. Ebenso wird die Kinderbeauftragte, Frau Thäger, dazu gebeten.
- Nach Verabschiedung durch den Bundestag sollten die Auswirkungen des Antidiskriminierungsgesetzes für die LHS Magdeburg erarbeitet werden.
- Weiterhin wurde vorgeschlagen, einen Kalender wichtiger diesbezgl. Daten, die für die Stadt Magdeburg relevant sind, für die FuG-Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen, um eine aktivere Teilnahme an Veranstaltungen zu ermöglichen. Dazu sollten die vielfältigsten Vereine, die in der LHS tätig sind, einbezogen werden.

Abstimmung zu den o. a. Vorschlägen insgesamt: 6/0/0

6. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Sie fand nicht statt.

7. Verschiedenes

Keine Festlegungen

Tagesordnung für die nächste FuG-Ausschusssitzung, die am 15. März 2005, stattfindet.

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 6 Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Editha Beier
Schriftführerin